

## PERSONALRATSWAHLEN IN BADEN-WÜRTTEMBERG

**Genau so!**

Landesvorsitzender Hans-Jürgen Kirstein



Foto: C2, GdP/BW

Die GdP ist in allen Personalräten in Baden-Württemberg seit vielen Jahren vertreten. Durch kompetenten und hoch engagierten Einsatz setzen sich GdP-Personalräte stark für die Interessen der Beschäftigten bei unserer Polizei in Baden-Württemberg ein.

**Hans-Jürgen Kirstein**

Landesvorsitzender und Spitzenkandidat der Beamten für den HPR

Vom 30. November bis 3. Dezember 2020 finden die diesjährigen Personalratswahlen in Baden-Württemberg statt. Es freut uns sehr, dass sich viele Kandidatinnen und Kandidaten zur Verfügung stellen. Dafür möchte ich mich als Landesvorsitzender der GdP an dieser Stelle schon recht herzlich bedanken.

In den letzten Jahren haben wir einiges erreicht und viele Themen angestoßen. Leider sind die Ergebnisse nicht immer in unserem Sinne umgesetzt worden. Deshalb ist es wichtig, die Mehrheitsverhältnisse zu verändern, damit wir noch mehr Positives für unsere Kolleginnen und Kollegen erreichen können. Wichtige Themen sollten konsequent verfolgt und transportiert werden.

Die von der GdP geforderte Übernahme von Schmerzensgeldansprüchen durch den Dienstherrn war lange überfällig und ist beschlossen worden. Nachbesserungen wurden thematisiert und umgesetzt. **Genau so!**

In den Tarifverhandlungen haben wir zuletzt ein gutes Ergebnis und dessen Übertragung auf die Beamten erreicht. Hieran war die GdP unmittelbar beteiligt. **Genau so!**

Die eingeführte Dienstpostenbewertung wird von der GdP in dieser Form weiterhin abgelehnt. Die Wertschätzung, welche viele Kolleginnen und Kollegen verdient haben, kommt überhaupt nicht zum Ausdruck. Im Gegenteil. Langsam erkennen die letzten Befürworter, dass die Hinweise der GdP zum Leidwesen aller Betroffenen leider eingetreten sind. Hierzu verweise ich auf die letzte Sonderdigit@l zu diesem Thema vom 14. August 2020.

Wir fordern deswegen das Einstiegsamt A 11 und erwarten eine zügige Umsetzung. Wir werden alle Parteien (außer AfD) auffordern, dies in deren Wahlprogramme aufzunehmen.

Schließlich wird diese gerechte Bewertung der Polizei von Baden-Württemberg seit zig Jahren vorenthalten. Warum es keine gerechte Dienstpostenbewertung gegeben hat, möchte ich nicht unerwähnt lassen. Bei der grundsätzlichen Entscheidung, wie eine Bewertung geführt wird, wurde der Hauptpersonalrat nicht beteiligt und durch die derzeitige Mehrheit im Hauptpersonalrat der Polizei (HPR) auch nicht eingefordert. Daraufhin wurde der Stellenplan genommen und die polizeilichen Tätigkeiten „hineingepresst“. Das darf nicht so hingenommen werden und muss dringend korrigiert werden. Nachdem die Zustimmung der jetzigen Dienstpostenbewertung ein Mehrheitsbeschluss war und die Position der GdP bekannt ist, kann eine Veränderung nur erreicht werden, wenn die Mehrheitsverhältnisse im Entscheidungsgremium HPR ebenfalls in diese Richtung verändert werden.

Nicht unerwähnt möchte ich als Landesvorsitzender lassen, dass wir unsere Forderung nach Erhöhung der Zulage zum lageorientierten Dienst (LoD) nicht nachlassen werden. Bei diesem Anliegen wurden insbesondere die Kolleginnen und Kollegen, welche diese erschwerten Dienste leisten, von der Politik komplett im Stich gelassen. Hier helfen keine Lippenbekenntnisse mehr, sondern nur noch Taten. Alle Möglichkeiten ohne Klageverfahren bis hin zu einer Petition wurden ausgenutzt und von den Verantwortlichen (Landtag Baden-Württemberg) ignoriert. Wertschätzung geht anders und wir kämpfen um unser Recht. Leider wird die GdP nun gezwungen, Klageverfahren anzuregen, um den Betroffenen zu einer angemessenen Erschwerungszulage zu verhelfen. **Genau so!**

Der Nachwuchs in der Polizei ist für die GdP ein wichtiges Thema. Aus unserer Sicht sind die Auszubildenden während des Praktikums nicht ausreichend geschützt. Das Risiko, so verletzt zu werden, dass der Polizeiberuf nicht mehr ausgeübt werden kann, steigt mit jedem Einsatz. Dabei beruhigt es die GdP nicht,

**Genau so!**  
Personalratswahlen 2020  
Gewerkschaft der Polizei

wenn es bisher nur wenige Fälle gibt, bei denen das eingetreten ist. Jeder Fall ist einer zu viel.

Die Einstellungszahlen in Baden-Württemberg müssen verstetigt werden. Hierbei muss berücksichtigt werden, dass nicht nur der Personalkörper Bestand hat und das Fehl ausgeglichen werden soll. Nein, wir brauchen viel mehr Kolleginnen und Kollegen, um bei der Polizeidichte im Ländervergleich nicht noch mal zehn Jahre das Schlusslicht zu sein. Wir als GdP denken an eine kontinuierliche Einstellungszahl von mindestens 1.400 Neueinstellungen pro Jahr, bis der tatsächliche Personalbedarf der Polizei in Baden-Württemberg gedeckt ist. Wenn wir uns an den Sicherheitsplan aus den 70er-Jahren erinnern, fehlen mindestens 6.000 Polizeibeamte. Dazu ist mehr als eine Wahlperiode notwendig und deshalb wollen wir ein klares Zeichen aus der Politik, den Mangel an Schutz für die Bürgerinnen und Bürger schnellstmöglich auszugleichen. **Genau so!**

Die GdP toleriert nicht die ständigen Rassismuvorwürfe und zunehmende Gewaltbereitschaft gegen die Polizeibeschäftigten, Rettungsdienste, Feuerwehren und andere Beschäftigte im öffentlichen Dienst. Hier muss die Gesellschaft, die Politik und letztendlich die Justiz klare Kante zeigen und jeder mit seinen Möglichkeiten Abhilfe schaffen. Insbesondere von der Justiz erwartet die GdP, dass Straftäter über 18 nicht nach dem Jugendstrafrecht abgeurteilt werden. Dies sollte die absolute, begründete Ausnahme sein. Wer mit 18 alle Rechte genießt, muss auch seinen Pflichten nachkommen. Tut er das nicht, hat er wie jeder Mann/jede Frau seine Konsequenzen zu tragen. **Genau so!**

Die GdP tut was. Unsere **Personalräte setzen** sich mit viel Energie **für Euch ein**.

Nehmt an der Personalratswahl teil und wählt eure Kandidaten von der GdP-Liste. ■





# Handysammelaktion

**Gundram Lottmann**

Die Gewerkschaft der Polizei unterstützt eine Handysammelaktion unter der Schirmherrschaft vom Minister für Umwelt, Klima und Energiewirtschaft, Franz Untersteller:

„Elektroschrott ist in Wirklichkeit eine wichtige Rohstoffquelle für das nächste und übernächste Elektrogerät. So stecken in einer Tonne alter Handys rund 160 Gramm Gold, dazu weitere seltene Metalle wie Platin oder Kobalt. Als rohstoffarmer Wirtschaftsstandort wollen wir möglichst viele dieser wertvollen Stoffe wiederverwerten.“

Machen Sie deshalb mit bei der Sammelaktion und helfen Sie, die Recyclingquote zu erhöhen. Mit den Erlösen unterstützen Sie gleichzeitig Bildungs- und Gesundheitsprojekte.“

## Hintergrund

Die Bundesbürger horten aktuell insgesamt 199,3 Millionen alte Smartphones oder Handys ungenutzt in Schränken oder Schubladen.

## Was passiert mit den gesammelten Handys?

Alle gesammelten Handys werden über das Handysammelcenter der Telekom Deutschland, das die Firma Teqcycle Solutions GmbH betreibt, an das Telekom Recycling Center gesandt. Dort wird jedes Gerät elektronisch erfasst und in einer Datenbank bewertet, ob es sich dem Recycling oder einer Weiterverwertung zuführen lässt. Aus der öffentlichen Sammlung sind etwa 10 Prozent der gesammelten Geräte voll funktionsfähig und eignen sich zur weiteren Verwendung. Die restlichen rund 90 Prozent der gesammelten Handys werden bei dem zertifizierten Recyclingunternehmen Electrocyling (www.electrocyling.de) in Deutschland recycelt.

## Wie sicher ist das Recycling?

Die Telekom Deutschland hält im gesamten Prozess der Handyrücknahme hohe Sicherheitsstandards im Datenschutz ein. Sowohl bei Sammlung und Transport als auch bei der sorgfältigen Löschung der Daten auf den gebrauchten Handys durch das zertifizierte Fachunternehmen Teqcycle Solutions GmbH setzt die Telekom auf sichere Lösungen, die dem aktuellen Stand der Technik entsprechen. Der gesamte Rückholprozess inklusive Datenlöschung, der von dem Unternehmen Teqcycle Solutions GmbH im Auftrag der Telekom Deutschland durchgeführt wird, wurde von der DEKRA zertifiziert. Der Recyclingprozess findet bei dem zertifizierten Recyclingunternehmen Electrocyling in Goslar statt.

## Was passiert mit den Daten bei einer Weiterverwertung?

Vor einer Weiterverwertung löschen zertifizierte Fachunternehmen in Deutschland alle Daten von den Handys und Smartphones der vorherigen Nutzer sorgfältig und nach dem höchsten Standard. Danach werden die Geräte in Europa und Asien nach den strengen Richtlinien von Teqcycle Solutions GmbH verkauft und weitergenutzt. Wichtig ist, dass nur voll funktionsfähige und komplett datengelöschte Handys weiterverkauft werden und dass vor dem Einwerfen von gebrauchten Handys in eine Sammelbox die SIM- und Speicherkarten entnommen werden. Daten auf dem Handy können gelöscht werden, indem im Handymenü die Funktion „auf Werkseinstellung zurücksetzen“ gewählt wird.

## Wer bekommt das Geld für die gesammelten Geräte?

Die Erlöse aus dem Recycling und dem Weiterverkauf der Geräte geht an die Telekom Deutschland, die daran aber nichts verdient. Durch Spenden aus den Erlösen der Handysammelaktionen konnten in den letzten Jahren über 770 Umwelt- und Naturschutzprojekte unterstützt werden. Seit 2016 ist die „Handy-Ak-

tion Baden-Württemberg“ Premiumpartner der Telekom. Aus den Erlösen der Handysammelaktionen erhalten wir zurzeit 0,70 Euro pro Handy. Dieser Erlös kommt drei nachhaltigen Bildungs- und Gesundheitsprojekten der Aktion Hoffnung, des Deutschen Instituts für Ärztliche Mission e. V. (Difäm) und des Evangelischen Jugendwerks (EJW) in Afrika zugute.

## Wie und wohin soll ich meine alten Handys verschicken?

Die Gewerkschaft der Polizei sammelt zentral die alten Handys und versendet diese dann an die Handy-Aktion Baden-Württemberg.

## Ihr könnt die Handys per Dienstpost an folgende Adresse senden:

Gundram Lottmann,  
Gewerkschaft der Polizei  
Agnespromenade 4  
73728 Esslingen

## AUS DER REDAKTION Redaktionsschluss

Die Landesredaktion ist unter der E-Mail-Adresse [redaktion@gdp-bw.de](mailto:redaktion@gdp-bw.de) zu erreichen.

Bitte alle Artikel, die in der Deutschen Polizei – Landesjournal BW – sowie in der Digit@l veröffentlicht werden sollen, an diese E-Mail-Adresse senden. In dringenden Fällen erreicht Ihr uns auch unter der Mobilnummer 0173 300544 3.

Der Redaktionsschluss für die November-Ausgabe 2020 des Landesjournals Baden-Württemberg ist am Freitag, dem 2. Oktober 2020, für die Dezember-Ausgabe 2020 ist er am Freitag, dem 30. Oktober 2020.

Nicht rechtzeitig zum Redaktionsschluss eingesandte Artikel können von uns leider nicht mehr berücksichtigt werden. Zur einfacheren Bearbeitung bitten wir um Übersendung von unformatierten Texten ohne Fotos, diese bitte separat zusenden.

**Andreas Heck,**  
stellv. Landesvorsitzender,  
Landesredakteur



AUS DEN KREIS- UND BEZIRKSGRUPPEN

# Wertschätzung und Unterstützung für die Polizei

SPD-Bundestagsabgeordneter Johannes Fechner informierte sich zur Sicherheitslage in Südbaden.

**Andreas Heck**

Bei der Gewerkschaft der Polizei und ihrem stellv. Landesvorsitzenden Andreas Heck sowie Bezirksgruppenvorsitzendem Joachim Lienert hat sich der SPD-Bundestagsabgeordnete Dr. Johannes Fechner über die Arbeit der Polizei informiert.

Gleich eingangs sicherte Dr. Fechner ausdrücklich die volle Unterstützung der SPD für die Polizei zu. „Sie leisten oft unter Einsatz Ihrer Gesundheit wichtige Arbeit für die Bevölkerung und dafür danken wir Ihnen“, so Dr. Fechner.

Beim Rundgang durch das Offenburger Polizeirevier zeigten ihm Heck und Lienert, dass der Baustandard nicht den Anforderungen einer modernen Polizeinfrastruktur entspricht und Verbesserungen dringend nötig sind. Dr. Fechner bot ausdrücklich seine Hilfe an, nochmals mit dem zuständigen Amt „Vermögen & Bau“ in Kontakt zu treten, um die überfälligen Investitionen zu beschleunigen.

Weitere Liegenschaften wie zum Beispiel in Rastatt, welche ebenfalls im Präsidium nicht den erforderlichen Anforderungen entsprechen, wurden gleichermaßen thematisiert.

Die Gewalt gegen Polizeibeamte habe leider auch im PP Offenburg zugenommen, berichteten Heck und Lienert. Erfreulich sei zwar, dass der Bundestag das Strafmaß für Attacken gegen Polizeibeamte erhöht hat und die Offenburger Staatsanwaltschaft und Gerichte dies nun spürbar härter ahnden. Auch habe man die Anzeigenbearbeitung zentralisiert, um die Verfahren schnell bearbeiten zu können. Hier brauche es eine gesamtgesellschaftliche Anstrengung, da-

mit die Polizei den nötigen Respekt bei allen Bevölkerungsteilen genieße, waren sich Heck, Lienert und Dr. Fechner einig.

Dass die Polizei durchaus umsichtig und deeskalierend agiert, habe der Fall Oppenau gezeigt, wo die Polizei ohne Blutvergießen den flüchtigen Täter verhaftet hat.

Zum Ende des Gesprächs wurden klar und deutlich die öffentlichen Äußerungen von Saskia Eskens, SPD-Bundesvorsitzende, angesprochen und die tiefe Enttäuschung und die fehlende Wertschätzung der Kolleginnen und Kollegen, die tagtäglich an der Basis arbeiten, zum Ausdruck gebracht. Solche haltlosen Äußerungen duldet die Gewerkschaft der Polizei in keinster Weise.

Zum Thema Rassismus bei der Polizei meinte Dr. Fechner, dass es in jeder Berufsgruppe vereinzelt Menschen mit problema-

tischen Einstellungen geben könne. Gerade bei der Polizei sei er sich aber sicher, dass diese allenfalls Einzelfälle sind und diese konsequent verfolgt würden. Für einen Generalverdacht gegen die Polizei gebe es deshalb überhaupt keinen Grund.

Er selbst sei wegen angeblicher Unterstützung von Racial Profiling stark kritisiert worden. Dr. Fechner hatte sich erfolgreich dafür eingesetzt, dass die Polizei Genspuren auf Haut- Augen- und Haarfarbe untersuchen kann. „Unabhängig von der Hautfarbe sollen Polizisten aufgrund ihrer Erfahrung gezielt kontrollieren.“

Wenn dann bestimmte Bevölkerungsgruppen häufiger in Kontrollen geraten, ist das so und dient der Sicherheit der Bevölkerung“, so Dr. Fechner. „Das ist kein Rassismus, sondern effektive Polizeiarbeit.“ ■



Joachim Lienert, Vorstandsmitglied der GdP-BG Offenburg; Dr. Johannes Fechner MdB sowie Andreas Heck, stellvertretender Landesvorsitzender (von links)

Foto: GdP BW





## Polizeidichte in Baden-Württemberg nochmals verringert!!!

Wie das? – In Zeiten der größten Einstellungsoffensive in der Geschichte der Polizei Baden-Württemberg werden sich das viele Fragen. Wurde in meinem Leitartikel Juli 2019 in der Deutschen Polizei doch ausführlich die Situation der Polizei in Baden-Württemberg seit 1978 dargestellt.

### Gundram Lottmann

Nach Angaben des Innenministeriums können in Baden-Württemberg bis 2021 nur 38 zusätzliche Posten im Polizeivollzugsdienst im Vergleich zu 2016 geschaffen werden. Ursprünglich sollten es 900 sein. Dieses Ziel erreicht Grün-Schwarz offenbar erst 2025.

In der nachfolgenden Tabelle sollen deshalb nur die Zahlen beginnend ab 1978, im 10-Jahres-Rhythmus und ab 2009 vollständig abgebildet werden:

Die Polizeidichte beschreibt den Anteil der Stellen des Polizeivollzugsdienstes im Verhältnis zur Einwohnerzahl. Wie viele Bürger betreut ein Polizeibeamter in Baden-Württemberg?

Die Anzahl der Stellen im Polizeivollzugsdienst sind 2019 im Vergleich zum Jahr 2018 identisch bei 24.316 PVD-Stellen geblieben. Jedoch hatte Baden-Württemberg im Jahr 2019 ein Bevölkerungswachstum von über 30.000 Bürgerinnen und Bürgern. Durch starke Zuwanderung erhöhte sich die Einwohnerzahl in BW nochmals deutlich. Und eine neue Bevölkerungsvorausrechnung prognostiziert, dass die Einwohnerzahl Baden-Württembergs bis 2035 noch weiter ansteigen könnte.

### Bundesweiter Vergleich

In Baden-Württemberg arbeiten gemessen an der Einwohnerzahl weniger Polizisten als in jedem anderen Bundesland. Somit bekommt Baden-Württemberg zu Recht die unrühmliche rote Laterne. Und dies schon seit Jahrzehnten!

2016 betrug der Polizeidichtedurchschnitt der Flächenländer in der Bundesrepublik 1:368. Das bedeutet, dass ein Polizeibeamter 368 Einwohner betreut. Laut dem Stuttgarter Innenministerium könnte die Polizeidichte in Baden-Württemberg bis 2028 auf etwa 1:410 verbessert werden. Voraussetzung sei, dass 2.000 zusätzliche Polizeistellen geschaffen würden.

Um überhaupt den bundesweiten Durchschnittswert von 1:368 zu erreichen würde die Polizei in BW über 30.000 Stellen im Polizeivollzugsdienst benötigen.

Bei einer wachsenden Bevölkerung in Baden-Württemberg kann man von **rund 6.000 fehlenden Stellen im Polizeivollzugsdienst** ausgehen!!!

### Blick über den Tellerrand

Wie sieht ein gerechtes Stellenkonzept aus? Ein Blick nach Bayern zeigt, wie man einer steigenden Bevölkerungsentwicklung und einer steigenden Arbeitsbelastung in der Polizei Rechnung tragen kann.

Ab 2017 beginnend bis 2023 werden in jedem Haushaltsjahr 500 zusätzliche Kolleginnen und Kollegen eingestellt.

Um eine möglichst gerechte Verteilung sowie ein zukunftsfähiges Konzept für das



Polizeipersonal zu entwickeln, tagte eine bayernweite Arbeitsgruppe unter Beteiligung der Verbände.

Die „Bayerische Polizei 2025“ hat ein gerechtes Stellenkonzept entwickelt und wird mit 37.786 Polizeivollzugsstellen einen Spitzenplatz in Deutschland einnehmen.

Wenn der politische Wille vorhanden ist, dann sind verlässliche Planungen kein Zahlenspiel, sondern gut investiertes Geld in die Innere Sicherheit. Die verantwortlichen Politiker des Landes Baden-Württemberg müssen ihre Fürsorgepflicht und Wertschätzung gegenüber den Polizistinnen und Polizisten endlich ernst nehmen und das eingesparte Geld an Personalkosten denjenigen, die jeden Tag rund um die Uhr ihren Kopf und Gesundheit für alle Bürgerinnen und Bürger hinhalten und gefährden, zukommen lassen, indem sie diese anständig bezahlen. Die Einführung der Dienstpostenbewertung wäre eine gute Gelegenheit gewesen, die Arbeit der Polizei im Eingangssamt A 11 des gehobenen Dienstes zu bewerten.

Dies wäre ein starkes Signal an alle Polizistinnen und Polizisten des Landes Baden-Württemberg! ■

Übersicht Polizeidichte von 1978 bis 2019:

Jahr	Einwohner BW	PVD	Polizeidichte - Betreuungsverhältnis
1978	9.137.790	17.052	536
1979	9.190.052	18.443	498
1989	9.618.696	23.015	418
1999	10.475.932	24.609	426
2009	10.744.921	24.239	443
2010	10.753.880	23.970	449
2011	10.512.441	23.635	445
2012	10.569.111	23.807	444
2013	10.631.278	23.774	447
2014	10.716.644	23.999	447
2015	10.878.618	24.063	452
2016	10.951.893	24.073	455
2017	11.023.424	24.233	455
2018	11.070.000	24.316	455
2019	11.100.394	24.316	457



### JUNGE GRUPPE

## Landesjugendsitzung mit Nachwahlen

Am 29. August 2020 traf sich ein Großteil des Landesjugendvorstandes zu einer ganztägigen Sitzung auf der GdP-Landesgeschäftsstelle in Eberdingen.

### Andreas Heck

Begrüßt wurden die anwesenden Gewerkschafter von unserem Landesgeschäftsleiter Jörg W. Schmitt.

Zur Unterstützung nahmen an der Sitzung Heinz Remke, Landesschriftführer, sowie Andreas Heck, stellv. Landesvorsitzender teil.

Alexander Buhl, stellv. Landesjugendvorsitzender, leitete die Sitzung. Themen wie z. B. den Ausbau und die Intensivierung von Social Media, Basisarbeit an den Ausbildungsstandorten, Einsatzbetreuung, Gesprächstermine mit der Politik sowie mit der Polizeiführung und Verbesserung der örtlichen Strukturen innerhalb der Jungen Gruppe wurden intensiv bearbeitet.

„Das Engagement der jungen Kolleginnen und Kollegen hat mich sehr beeindruckt. Mit solch einem Landesvorstand ‚Junge Gruppe‘ blicke ich zuversichtlich in die Zukunft.“

Es gilt, allen Anwesenden, aber auch denen, die heute entschuldigt waren, ein großes Dankeschön für die Bereitschaft, Motivation und Mitarbeit auszusprechen“, so Andreas Heck.



Timo Filkorn, Yannic Schilling, Lisa Stabel, Alexander Buhl, Anna-Lena Bachert, Michael Weber, Lena-Katharina Elbert, Levin Sewzyk, stellv. Landesvorsitzender Andreas Heck (von links)

Während der Landesjugendsitzung kam es noch zu Nachwahlen innerhalb des Gremiums.

### Der neue Landesjugendvorstand:

- Markus Trinks (Verkehrsdienst Weinsberg) – Landesjugendvorsitzender
- Alexander Buhl (Polizeirevier Esslingen) – stellvertretender Landesjugendvorsitzender

- Yannic Schilling (Polizeirevier Winnenden) – 2. stellvertretender Landesjugendvorsitzender
- Michael Weber (BDP Bruchsal) – 3. stellvertretender Landesjugendvorsitzender
- Lisa Stabel (Polizeirevier Philippsburg) – Beisitzer Finanzen
- Anna-Lena Bachert (HfPol), Lena-Katharina Elbert (HfPol), Levin Sewzyk (PRev Sigmaringen) – Beisitzer

## Beweissicherungs- und Festnahmeeinheiten des Polizeipräsidiums Einsatz

Seit fast 25 Jahren gibt es sie nun bereits auch bei der baden-württembergischen Polizei, die speziell geschulten Eingreifkräfte mit dem markanten Kürzel „BFE“. Landes- wie bundesweit haben sie sich in unzähligen Einsätzen einen guten Ruf erworben. Die GdP wünscht sich für die Beamtinnen und Beamten dieser Einheiten jedoch in einigen Aspekten Verbesserungen, wie sie in anderen Bundesländern bereits eingeführt sind.

Unsere sonst vergleichsweise beschauliche Landeshauptstadt erlebte im Juni dieses Jahres Szenen, wie sie die Einwohner bislang nur aus

dem Fernsehen kennen, etwa von Krawallen anlässlich des Hamburger G20-Gipfels oder des Kreuzberger 1. Mai: marodierende Horden, die Polizeifahrzeuge massiv attackieren und sogar vor schweren Straftaten wie Plünderungen von Geschäften nicht zurückschreckten. Die Polizei war in der Defensive, hatte zu wenig Kräfte, um gegen den Mob wirksam vorgehen zu können. Eine Einheit fehlte in diesen dramatischen Stunden vor Ort, deren Beamtinnen und Beamten gezielt auf derartige Gewaltexzesse trainiert sind: die Beweissicherungs- und Festnahmeeinheit (BFE).



### Gründung und Entwicklung

Die Gründung derartiger Festnahmeeinheiten bei der deutschen Polizei geht zurück auf eine Eruption unfriedlicher demonstrativer Aktio-





nen in den 80er-Jahren. Hessen stellte seinerzeit als Reaktion auf die unzureichende Strafverfolgung bei regelrechten „Schlachten“ an der Startbahn West des Frankfurter Flughafens erste BFE-Züge auf, die seinerzeit noch mit Turnschuhen und ohne den heute üblichen Körperschutz agierten. In den folgenden Jahren folgten andere Bundesländer – als eines der letzten auch Baden-Württemberg im Jahr 1996. War die BFE anfangs lediglich ein Einsatzzug mit besserer Ausrüstung und Fortbildung, hat sich die Einheit im Lauf der letzten zwei Jahrzehnte zu einem vielseitigen Serviceleister für die Dienststellen sowohl der Schutz- als auch der Kriminalpolizei gewandelt.

### Anforderungsprofil und Tätigkeitsfelder

Bei der BFE handelt es sich nicht um eine Spezialeinheit im Sinne der PDV 100, sondern um eine Einheit mit besonderer Qualifikation und Ausrüstung. Nach der Strukturreform verfügt Baden-Württemberg aktuell über insgesamt sechs BFEen jeweils in Zugstärke, die zu je drei Einheiten auf die Standorte Göppingen und Bruchsal des PP Einsatz verteilt sind. Bei entsprechend großer Lage können diese auch als eigenständige Hundertschaft (BFH) zusammengefasst werden. Anders als in regulären Einsatzzügen kann in der BFE nur Dienst verrichten, wer ein entsprechendes Auswahlverfahren erfolgreich absolviert und

eine daran anschließende sechswöchige Einführungsfortbildung (EFB). Hier wird die psychische und körperliche Leistungsfähigkeit, aber auch Kenntnisse in AZT und ZST getestet und anschließend in der EFB die Grundlagen für die späteren Aufgaben geschult. BFE-Kräfte müssen in besonderem Maße fit sein für die Bewältigung ihrer Aufgaben. Auch einige Frauen verrichten trotz der hohen sportlichen Anforderungen dort ihren Dienst. Die Mindestverweilzeiten bei der BFE ist aufgrund der höheren Spezialisierung und Fortbildungsaufwand auch länger als in einem Einsatzzug.

Kerngeschäft der BFE sind traditionell Demonstrationen und Großveranstaltungen aller Art, bei denen mit einem unfriedlichen Verlauf gerechnet wird. Als Zugriffseinheit ist der Einsatz an Brennpunkten vorgesehen, Ziel ist stets die beweisichere Festnahme erkannter Straftäter. Hierfür werden spezielle Taktiken trainiert, bei denen auch verdeckt agierende Tatbeobachter eine nicht unwesentliche Rolle spielen. In diesem Kontext unterstützten baden-württembergische BFE-Kräfte seit ihrer Gründung in nahezu allen Bundesländern bei entsprechenden Großlagen. Beispielhaft genannt seien hier mehrere G8- und G20-Gipfeltreffen, die Castor-Transporte nach Gorleben oder Krawalle bei der EZB-Eröffnung in Frankfurt. Auch im eigenen Bundesland gab es in der Vergangenheit genug zu tun, wie die Stuttgart-21-Proteste, der Kurdenkonflikt sowie unzählige Rechts-Links-Demos belegen.

Führen BFE-Angehörige in den Anfangsjahren noch häufig reguläre „klassische“ Konzeptionseinsätze, hat sich in den letzten Jahren die Unterstützung insbesondere der Kriminalpolizei als weiteres bedeutendes Standbein entwickelt. Kräfte der BFE werden gerne herangezogen, wenn Maßnahmen ein erhöhtes Gefährdungspotenzial beinhalten – die Voraussetzung für eine SEK- bzw. MEK-Anforderung aber noch nicht vorliegen. Da auch das taktische Eindringen in Objekte regelmäßig trainiert



Formation der BFE im geschlossenen Einsatz, etwa bei Demos und Fußballspielen. Bei Lagen mit besonderer Intensität, wie zuletzt etwa der Hamburger G20-Gipfel, hat sich das Mitführen von Schutzschilden für Teilkkräfte bewährt.

niert wird, übernehmen BFE-Einheiten Razzien etwa gegen Deliktsbereiche der Rocker- und BtM-Kriminalität oder des illegalen Glücksspiels. So leisteten BFE-Kräfte wertvolle Unterstützung unter anderem für die Kriminalinspektion 4 des PP Stuttgart anlässlich eines größeren BtM-Ermittlungsverfahrens vor einigen Monaten. Nach Unterstützung bei der Einsatzplanung, taktischer Beratung, eigener Aufklärung wurden Durchsuchungs- und Festnahme-maßnahmen erfolgreich realisiert. Ihr Einsatzwert wird mittlerweile auch vom LKA honoriert, wie die Unterstützung etwa bei der EG „Arena“ oder im Ermittlungsverfahren „Herzog“ in diesem Jahr gezeigt hat. Hier gab es von allen Seiten positive Rückmeldungen über Engagement und Einsatzwert der BFE – deren Unterstützungsleistung mittlerweile aus vielen Verfahren nicht mehr wegzudenken ist. Gerade bei derartigen Maßnahmen spielt auch die Zusammenarbeit mit den Spezialeinheiten eine immer größere Rolle. ■

Den weiteren Artikel lesen Sie in der nächsten Ausgabe.



## GdP-Forderungen zeitnah erfüllt! Bodycams und Einsatzmehrzweckstöcke für Einsatzkräfte

Nach den Stuttgarter Ereignissen stellte die GdP einen 10-Punkte-Katalog auf, in dem unter anderem ein Einsatzmehrzweckstock (EMS), auch Tonfa genannt, für stehende Einheiten gefordert wurde.

Fünf Wochen später erfolgte beim PP Einsatz die Übergabe des EMS und von Bodycams für die Einsatzeinheiten der Polizei. Dazu zählen neben dem Polizeipräsidium Einsatz auch die Einsatzkräfte der stehenden geschlossenen Einsatzeinheiten bei den Polizeipräsidien Mannheim, Karlsruhe und Stuttgart.

Damit wurden landesweit mehr als 1.200 Einsatzmehrzweckstöcke inklusive Tragevorrichtungen beschafft.

Der EMS ist bereits seit dem Jahr 2000 ein bewährtes Einsatzmittel bei den Bereitschaftspolizeien der Länder und des Bundes und soll insbesondere bei direkten Konfrontationen in beengten Verhältnissen, wie zum Beispiel Festnahmen in Tumultlagen, optimal unterstützen und damit den Eigenschutz der Einsatzkräfte erhöhen.

Zusätzlich wurden Bodycams beschafft, womit 220 Bodycams den stehenden Einheiten, davon 125 Bodycams beim PP Einsatz, zur Verfügung stehen. Gerade im Rahmen von Brennpunkt- oder Unterstützungseinsätzen leisten Einsatzkräfte des Polizeipräsidiums Einsatz einen wichtigen Beitrag zur Aufrechterhaltung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung.

Die Einführung von Bodycams ist bei den 146 Polizeirevieren in Baden-Württemberg seit Juni 2019 abgeschlossen. Es stehen 1.350 Bodycams zur Verfügung. Eine Ausstattung weiterer Organisationseinheiten, wie zum Beispiel von Teilen der Verkehrspolizei, steht in Kürze bevor.

Bei der Übergabe beim PP Einsatz sagte Innenminister Thomas Strobl: „Wir haben die Polizei bereits gestärkt und stärken sie weiter – mit mehr Personal, bestmöglicher Ausstattung und effektiven rechtlichen Befugnissen. Deshalb stehe ich dafür, den Polizistinnen und Polizisten die bestmögliche Ausstattung für ihre Arbeit zur Verfügung zu stellen.“

Der stellvertretende Landesvorsitzende Gundram Lottmann war als Vertreter der GdP bei der Übergabe dabei und bedankte



Stellv. Landesvorsitzender Gundram Lottmann

sich bei IM Thomas Strobl für die schnelle Umsetzung unserer Forderung. Ein großer Dank gilt auch dem Präsidium Technik, Logistik, Service der Polizei für die schnelle Beschaffung von EMS und Bodycams.

### Interview mit Bernd Czich, Leiter eines Technischen Einsatzzuges der BPD der GP und Mitglied im Bundesfachausschuss Bereitschaftspolizei:

#### 1. Was ist der EMS (= Einsatzmehrzweckstock)?

Der EMS ist ein extrem effektives Einsatzmittel sowohl im passiven als auch aktiven Vorgehen. In der Formgebung ähnelt er sehr stark den Tonfa/s, welche in mehreren Selbstverteidigungssystemen eingesetzt werden.

Um mit diesem Einsatzmittel wirklich effizient umgehen zu können, bedarf es jedoch einer fundierten Ausbildung und regelmäßiger qualifizierter Fortbildung des Anwenders. Die Verletzungsgefahr, welche von dem EMS bei unsachgemäßer Anwendung ausgeht, ist sowohl für das Gegenüber als auch für den jeweiligen Träger/Benutzer sehr hoch.

#### 2. Weshalb ist eine persönliche Ausstattung der Einsatzkräfte sinnvoll?

Die persönliche Ausstattung ist nicht nur sinnvoll, sondern unerlässlich. Die jeweilige Einsatzkraft muss den Umgang, die Trageart und die Positionierung des EMS gewohnt sein, um ihn taktisch effektiv einsetzen zu können. Ein Vorhalten im Pool wäre nicht zielführend.

#### 3. Wie hoch ist der jährliche Schulungsbedarf?

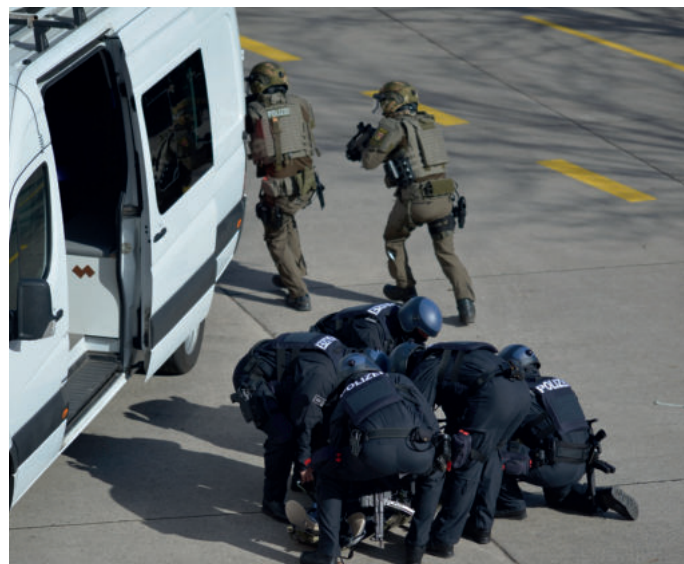
Der Schulungsbedarf beläuft sich auf eine Grundschulung von mind. 24 Stunden sowie eine jährliche Fortbildung von mind. zwölf Stunden. D. h. jeder Beamte muss sich in der Anfangsphase drei volle Arbeitstage ausschließlich mit diesem Einsatzmittel auseinandersetzen.

#### 4. Nach den Stuttgarter Ereignissen war es ja gerade die Gewerkschaft der Polizei, die eine „Mannaussattung“ mit dem EMS für stehende Einheiten gefordert hat. Hättest du gedacht, dass diese Forderung so schnell umgesetzt wird?

Der Erfahrung geschuldet, wie lange es sonst dauert bei der Beschaffung von neuen, sinnvollen Einsatzmitteln, wurde diese Beschaffung schon fast explosionsartig durchgesetzt und umgesetzt. Es wäre toll, wenn es so weitergehen würde, vor allem in den Bereichen Einsatzdrohnen, IuK und effektiver, auftragsangepasster Schutzausstattung (BFE).

#### 5. Mit dem EMS wurde heute auch die Bodycam als persönliche Ausstattung der Einsatzkräfte eingeführt. Kann durch die Einführung der Bodycam für Einsatzkräfte das Aggressionspotenzial und die Gewaltbereitschaft gegenüber Polizeibeamten gesenkt werden?

Ich habe selbst noch keine Erfahrungswerte bezüglich der Bodycam, bin aber überzeugt, dass dieses Einsatzmittel die Gewaltbereitschaft bei einigen Personen sen-



BFE und SEK Rheinland-Pfalz führten letztes Jahr in Mainz der Presse ihre neue taktische Zusammenarbeit vor. Während das SEK interveniert, sichert die BFE ab und übernimmt flankierende Maßnahmen.



Bernd Czich, Mitglied im GdP-Bundesfachausschuss Bereitschaftspolizei





Foto: GdP/BW

Herr Innenminister Thomas Strobl bei der Übergabe des EMS

ken wird. Es muss jedoch darauf geachtet werden, dass sich der bürokratische Aufwand/Hürden für den einzelnen Beamten in Grenzen halten, damit die Akzeptanz nicht verloren geht.

Vielen Dank für das Interview!  
**Gundram Lottmann**



## WERBUNG PSW REISEN

### Herbstangebote:

**Kunden-Liebliche, jetzt zu TOP PREISEN**

**Preissturz bei Robinson Club IERAPETRA, KRETA, GRIECHENLAND**

Zum Beispiel: 7 Nächte, DZ, VP inkl. Flug statt **1.626 Euro**  
**ab 869,- Euro bei Buchung bis zum 05.11.2020**

Hotelkonzept-Kriterien

- Premium Cluburlaub
- vielfältiges Sport- und WellFit-Angebot
- hochwertige, inspirierende Kulinarik
- qualifizierte Betreuung für Kinder und Jugendliche
- hochklassiges, modernes Entertainment mit Shows, Partys, Livemusik und Events

**Ort:**

Ierapetra

erste Strandlage, an der Steilküste

im Südosten der griechischen Mittelmeerinsel Kreta

**Strand:**

direkte Lage am 2 km langen feinen Kiesstrand (dunkler Strand)

Liegen und Sonnenschirme ohne Gebühr

Shuttle je nach Auslastung und nach Verfügbarkeit  
(Mitnahme von Kinderwagen möglich)

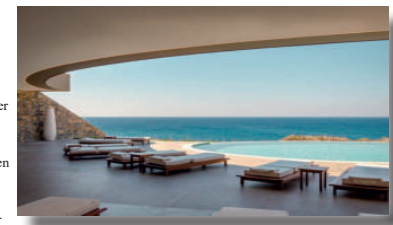
Strand ist in 3 Abschnitte geteilt:

1. „Hauptstrand“: mit Liegen, Sonnenschirmen, Dusche und Umkleidekabine. Dieser ist bergab über aneinanderhängende Holzmatte zu erreichen und für Kinderwagen geeignet.
2. Strand: kleine Bucht mit Liegen, Sonnenschirmen sowie Dusche und über Treppen zu erreichen
3. Strand: wunderschön naturbelassen mit tollen Felsen, wo man auch super ins Wasser gehen kann. Dieser ist jedoch eher weniger für Familien geeignet, da es hier keine Liegen und Sonnenschirme gibt und der Weg nicht für Kinderwagen geeignet ist.

**Weitere verbilligte Herbstangebote:**

PRAIA DA FALESIA, ALGARVE, PORTUGAL, TUI BLUE FALESIA

7 Nächte DZ, inkl. Flug ab **567,- Euro p.P.**



AMOUDARA, KRETA, GRIECHENLAND, TUI MAGIC LIFE  
CANDIA MARIS

7 Nächte DZ, AI, inkl. Flug ab **878,- Euro p.P.**



**Stuttgart-Fellbach**  
Eberhardstr. 30  
70736 Fellbach  
Tel.: 0711 / 57 88 186  
Fax: 0711 / 57 99 12  
info@pswreisen.de  
www.pswreisen.de

**Eberdingen-Hochdorf**  
Frau Burger  
Tel.: 07042 / 872 83 12  
Fax: 07042 / 872 83 13  
karinburger@pswreisen.de  
www.pswreisen.de

**Saarbrücken**  
Frau Weaver  
Tel.: 0681 / 933 120 57  
Fax: 0681 / 933 120 59  
sweaver@pswreisen.de  
www.pswreisen.de

**Mainz**  
Frau Grün  
Tel.: 06703 / 305 502  
Fax: 0711 / 57 99 12  
agruen@pswreisen.de  
www.pswreisen.de

**Zentrale**  
Terminal 3, Reisemarkt  
70629 Stuttgart Flughafen  
Tel.: 0711 / 948 48 48  
Fax: 0711 / 997 67 62  
info@schwabenlandreisen.de  
www.schwabenlandreisen.de

**DP – Deutsche Polizei**  
Baden-Württemberg

**Geschäftsstelle**  
Maybachstraße 2, 71735 Eberdingen  
Telefon (07042) 879-0  
Telefax (07042) 879-2 11  
info@gdp-bw.de  
www.gdp-bw.de  
Adress- und Mitgliederverwaltung:  
Zuständig sind die jeweiligen  
Geschäftsstellen der Landesbezirke

**Redaktion**  
Andreas Heck (V.i.S.d.P.)  
Maybachstraße 2  
71735 Eberdingen  
Mobil 0173 300544 3  
redaktion@gdp-bw.de

**Service GmbH BW**  
Telefon (07042) 879-299  
Telefax (07042) 879-2 11  
info@gdp-service.com